

REPORT

BEZIRK HAMBURG/HARBURG +++ DIENSTAG, 23. APRIL 2024 AUSGABE 4/2024

CHEMIE-TARIF 2024: BUNDESKOMMISSION BESCHLIESST FORDERUNGSPAKET

Die finale Forderung für die Chemie-Tarifrunde 2024 steht fest. Drei Punkte umfasst der Beschluss der Bundestarifkommission: eine Entgelterhöhung um sieben Prozent, Vorteile für IGBCE-Mitglieder und eine Modernisierung des Bundesentgelttarifvertrags (BETV). Die Arbeitgeberseite hat bereits ihren Widerstand signalisiert und sieht sich im „Krisenmodus“. Arbeitskämpfe sind nicht ausgeschlossen.



Weiter auf Seite 6

UNSERE DEMOS UND KUNDGEBUNGEN ZUM 1. MAI

Jetzt erst recht: Gesicht zeigen!

Unter dem Motto „Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit“ rufen DGB und IGBCE am Mittwoch, 1. Mai, zu Kundgebungen auf. Damit sind drei Kernthemen vereint, die nicht nur Gute Arbeit garantieren, sondern auch ein wesentlicher Beitrag zu einem gesellschaftlichen Miteinander sind.

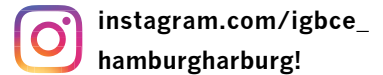
Am Tag der Arbeit, dem 1. Mai, geht es auch darum, Gesicht zu zeigen – und selbstbewusst die Zukunft von gesellschaftlicher Mitbestimmung und Demokratie zu verteidigen. Jan Koltze, IGBCE-Bezirksleiter Hamburg/Harburg: „Verunsicherung und Ungewissheit, was die eigene Arbeit angeht, sowie gestiegene Kosten und Reallohnverluste sind ein Nährboden für rechtes Gedankengut. Doch Hass und Hetze gegenüber anderen waren noch nie Lösungen und werden auch zukünftig keine sein. Im Gegenteil: Für uns als Gewerkschaften kann es nur Solidarität geben. Entschieden setzen wir uns ein für eine höhere Tarifbindung, die mehr Sicherheit und Gerechtigkeit garantiert, für einen verlässlichen Sozialstaat und für eine starke demokratische Gesellschaft.“

Auch im Hinblick auf die Forderungen der aktuellen Chemie-Tarifrunde hat das Motto „Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit“ eine besondere Bedeutung. „Die Arbeitgeberseite hat bereits kundgetan, dass sie die Forderungsempfehlung nicht für finanzierbar hält. Dass sie damit nicht nur die legitime Forderung, den entstandenen Kaufkraftverlust ihrer Beschäftigten auszugleichen, infrage stellt, sondern auch Unsicherheit und Ungerechtigkeit offenbar allgemein als hinnehmbar darstellt, ist gerade in diesen Zeiten ein gefährliches Signal“, so Koltze. Im gesamten Bezirk Hamburg/Harburg gibt es Demos und Kundgebungen mit namhaften Redner*innen, Musik-Acts und Familienfesten. **Auf Seite 4: Alle Termine und ein Interview mit Jana Sierck**



DER IGBCE BEZIRK HAMBURG/HARBURG AUF INSTAGRAM

Aktuelle Statements, Neuigkeiten aus dem Bezirk, Schaubilder, Hinweise auf Workshops und Seminare – folgt uns auf unserem neuen Instagram-Kanal und seid immer informiert.



IN DIESEM REPORT

Seite 2:

- Initiative gegen Populismus bei Tesa

Seite 3:

- Aktuelles: Yanfeng und Allnex

Seite 5:

- Drohendes Trinseo-Aus: Neues Konzept des Stader BR-Netzwerks

Seite 7:

- Die IGBCE Jugend in Berlin

Seite 8:

- Arbeitsrecht: Über das Gehalt mit Kolleg*innen sprechen?

WERBEN & GEWINNEN!



Traditionell und lecker

Die besten Werber*innen dürfen sich in diesem Monat auf einen Gutschein von Mutterland freuen. Und hier ist der Name Programm: Ob Gewürze, Brotaufstriche, Likör, Kaffee, Pasta oder Pralinen – alle Delikatessen sind traditionell wie bei Mutttern zubereitet.

Mehr dazu auf Seite 9

DER TAG DER ARBEIT UND DIE DEUTSCHEN NACHTWÄCHTER



Foto: medienbuero

Liebe Kolleginnen
und Kollegen,

auch euch entsteht beim Begriff „Nachtwächter“ sicherlich sofort ein Bild im Kopf: Der Nachtwächter geht mit seiner Laterne durch die Nacht und schaut: Gibt es Brandgefahren, treibt sich jemand herum? Sonst mischt er sich nirgends ein. Ein Nachtwächterstaat macht es ähnlich. Er ist vor allem für den Schutz privaten Eigentums zuständig. Der Rest ist dem sogenannten freien Spiel der Kräfte in Markt und Gesellschaft überlassen (das alles nennt man „liberal“ und wird aktuell besonders von der FDP propagiert).

Ich rufe euch dieses Bild aus gutem Grund vor Augen, denn in diesem Jahr passt das Motto des 1. Mai gleich in mehrfacher Hinsicht: zum Beispiel zu unserem Einsatz für einen handlungsfähigen Staat und zum Widerstand gegen Versuche, das bestehende Streikrecht zu unterlaufen, und, drittens, zur aktuellen Tarifrunde Chemie/Pharma.

Unser Credo: Der Staat muss handlungsfähig sein. Jeder Euro, der jetzt richtig investiert wird, führt morgen zu mehr Wohlstand. Die Schuldenbremse ist eine Investitionsbremse und muss dringend reformiert werden. Bei Krankheit, im Alter, bei Arbeitslosigkeit: Beschäftigte brauchen ein starkes Sicherheitsnetz in der Arbeitswelt. Das gilt gerade jetzt – „Sozialstaat“ ist kein Schimpfwort!

Unsere Aufgabe ist es zudem, den Wandel sozial gerecht zu gestalten. Dafür brauchen wir mehr Mitbestimmung. Nur so machen wir aus technischem Wandel sozialen Fortschritt.

Die Lösung für die aktuellen Herausforderungen liegt im Miteinander und nicht in Hass und Spaltung. Wir werden die Demokratie verteidigen – in den Betrieben, an den Werkbänken, in den Laboren, an den Schreibtischen im Betrieb und im Homeoffice.

Und auf der Straße – wir sehen uns am 1. Mai!

Euer

Jan Wolke

IMPRESSUM: V.i.S.d.P.: Jan Koltze, IGBCE Bezirk Hamburg/Harburg, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg, Tel.: 040 280096-0, E-Mail: bezirk.hamburg@igbce.de; Redaktion und Realisation: medienbuero, <https://medienbuero.eu>. Mit Material von anwalt.de, haufe.de, focus.de, zeit.de. Rechtliche Informationen nach bestem Wissen und Gewissen, aber ohne Gewähr.

INITIATIVE GEGEN POPULISMUS: RESOLUTION IM TESA-INTRANET

Hamburg // Ein Zeichen gegen Demokratiefeindlichkeit, Diskriminierung und den aktuellen Rechtsruck: Die tesa GmbH veröffentlichte konzernweit in ihrem Intranet eine von den Betriebsräten unterstützte Resolution, die Resultat „großer Sorge über die jüngsten politischen Entwicklungen in Deutschland“ ist.



Unter dem Titel „Für Demokratie und Menschenrechte“ bekennt sich der Konzern zu Weltoffenheit und Toleranz. Die Werte des Konzerns wie Vertrauen, Respekt und Vielfalt seien „unvereinbar mit Ideologien des Hasses, der Ausgrenzung und der Intoleranz“. Die Resolution verweist auf mehr als 5.000 Mitarbeitende aus 93 Nationen. Weiterhin heißt es: „Die Vielfalt unserer Mitarbeitenden ist unsere Stärke und unerlässlich für Innovation und den Aufbau starker Kundenbeziehungen.“ Mit dem Statement „Diskriminierung hat bei uns keinen Platz – weder heute noch in Zukunft“ und dem Hashtag „NieWieder“ endet das Bekenntnis.

Ende des vergangenen Jahres startete die IGBCE Hamburg/Harburg eine Initiative mit dem Titel „Sozialpartner gemeinsam gegen den Populismus“ und warb für eine gemeinsame Resolution von Betriebsräten und Geschäftsführung.

Zur IGBCE-Resolution: [—————>](#)



DEUTSCHER BETRIEBSRÄTE-PREIS 2024: NOCH BIS ENDE APRIL BEWERBEN

Der Countdown läuft: Noch bis 30. April können Bewerbungen für den diesjährigen Deutschen Betriebsräte-Preis eingereicht werden. Gesucht werden Beispiele guter Betriebsratsarbeit aus den Jahren 2022 bis 2024. Der Betriebsräte-Preis zeichnet jährlich seit 2009 das Engagement und die erfolgreiche Arbeit von Betriebsräten aus und ist eine Initiative der Fachzeitschrift „Arbeitsrecht im Betrieb“. Er ist die bundesweit wichtigste Auszeichnung für betriebliche Mitbestimmung. Die Schirmherrschaft der Verleihung liegt bei Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD).

Inwiefern die Projekte übertragbar sind und wie die konkrete Umsetzung aussieht, fließt ein in die Bewertung der Jury, die sich aus Vertreter*innen aus Gewerkschaften und Wissenschaft sowie ausgewiesenen Praktiker*innen zusammensetzt. Am 7. November erfolgt auf dem Deutschen Betriebsräte-Tag in Bonn die Preisverleihung im ehemaligen Plenarsaal des Bundestages.

Zur Bewerbung:



Allnex: Sozialtarifvertrag unterschrieben

Hamburg // Die Einigung ist final: Nach langen und schwierigen Verhandlungen hat die Arbeitgeberseite den Sozialtarifvertrag jetzt unterschrieben. Zwar konnte die Allnex-Werksschließung nicht verhindert werden, doch sei der Vertragsabschluss ausgewogen und berücksichtige die Leistung der jahrelang Beschäftigten, so IGBCE-Gewerkschaftssekretärin Ute Sierck.



Illustration: iStockphoto/tudmeak

Hervorzuheben ist u.a., dass bei der Höhe der Abfindung verschiedene Werte einberechnet werden. Über einen bestimmten Faktor errechnet sich die endgültige Summe. Dabei sind auch das monatsgenaue Lebensalter und die Dauer der Betriebszugehörigkeit zum Zeitpunkt der Beendigung des Arbeitsverhältnisses entscheidend. Auch erhöht sich die Abfindung für jeden auf ein Kind bezogenen Freibetrag.

Weiterhin wichtig ist die Berücksichtigung der Beiträge in die Pensionskassen im Rah-

men der betrieblichen Altersversorgung. Wer hier bislang einzahlte, erhält „für den Verlust der Möglichkeit zum weiteren Aufbau der betrieblichen Altersversorgung eine weitere Abfindung, die sich nach dem Lebensalter im Zeitpunkt des Austritts (...) zum Interessenausgleich berechnet“. Auch werden Arbeitnehmer*innen, die das 61. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, für den Verlust der Möglichkeit zum weiteren Aufbau ihres Langzeitkontos finanziell entschädigt. Arbeitnehmer*innen, die kurz vor der Rente

stehen, erhalten Leistungen, um eine ungekürzte Altersrente beziehen zu können. Berücksichtigt werden auch Schwerbehinderte und Gleichgestellte.

Darüber hinaus gilt für IGBCE-Mitglieder: Sie erhalten eine zusätzliche Abfindung in Höhe von 5.000 Euro.

Bis Mitte 2024 wird der Allnex-Produktionsstandort in Hamburg endgültig geschlossen. Von der Schließung sind 130 Mitarbeitende betroffen.



Freiwilligenprogramm abgeschlossen

Lüneburg // Die Hiobsbotschaft kam kurz vor Weihnachten: Im Dezember des letzten Jahres gab Yanfeng bekannt, dass mehr als 200 Beschäftigten die Kündigung bevorstehe. Als Grund wurde die schwierige Marktsituation der gesamten Automobilbranche genannt, unter der auch der Zulieferer leide. Die kurz darauf beginnenden Verhandlungen zwischen Betriebsrat, IGBCE und Geschäftsführung führten zu einem Freiwilligenprogramm, das jetzt abgeschlossen wurde.

Mehr als 270 Beschäftigte haben sich in den vergangenen Wochen über das Programm informieren lassen. Yanfeng-Betriebsratsvorsitzender Thomas Daratha: „Mit dem Freiwilligenprogramm können wir die Entlassungswelle zu einem nicht unerheblichen Teil abmildern. Es ist daher – trotz der gegebenen Situation – ein Erfolg.“

Das Freiwilligenprogramm enthält unter anderem eine Abfindungsformel mit dem Faktor 1, jedoch gedeckelt auf maximal 120.000 Euro, und ein Angebot, in eine Transfergesellschaft zu wechseln oder alternativ während des Zeitraums der Kündigungsfrist freigestellt zu sein.

„Jetzt geht es darum, die Verhandlungen für einen Sozialplan zu einem guten Abschluss zu bringen“, so IGBCE-Gewerkschaftssekretär Kim Fleischmann.



DIE KUNDGEBUNGEN AM 1. MAI IM ÜBERBLICK

Hamburg

Auftakt: 10.30 Uhr; Demo: 11.00 Uhr; Max-Brauer-Allee (Höhe Platz der Republik); Kundgebung & Mai-Fest: 12.00 Uhr; St. Pauli-Fischmarkt; Redner*innen: Tanja Chawla (Vorsitzende DGB Hamburg), Maïke Finnern (Vorsitzende GEW), Jana Sierck (DGB-Jugend Hamburg), Peter Alexander (Betriebsratsvorsitzender MOIA); Musik: Überraschungs-Act, Marchingband SuperBrass

Bergedorf

Demo: 10.00 Uhr; Lohbrügger Markt; Kundgebung & Mai-Fest: 11.00 Uhr; Rathauspark Bergedorf; Redner*innen: Ernst Heilmann (DGB Bergedorf), Ali Simsek (IGBCE), Cornelia Schmidt-Hoffmann (Bezirksamtsleiterin Bergedorf)

Harburg

Demo: 10.00 Uhr; Kundgebung: 11.00 Uhr; beides Harburger Rathausplatz; Redner*innen: Sophie Fredenhagen (Bezirksamtsleiterin Harburg), Adrian Wolf (ver.di Maritime Wirtschaft), Wolfgang Brandt (DGB Harburg); Musik: Kosmopolka

Stade

Kundgebung mit Rahmenprogramm: 10.00 Uhr; Am Sande; Redner*innen: Katarina Barley (SPD-Europa-Abgeordnete), Wilfried Behrendt (DGB KV-Vorsitzender Stade)

Lüchow

Demo: 10.00 Uhr; Hotel Deutsche Eiche, Bergstraße; Kundgebung & Familienfest: 11.00 Uhr; Marktplatz; Redner: Christoph Peters (Arbeit und Leben Niedersachsen im Auftrag des DGB, Niedersächsisches Wasserstoff-Netzwerk)

Lüneburg

Demo: 10.00 Uhr; Kundgebung & Familienfest: 11.00 Uhr; Lambertiplatz; Redner: Lars Niggemeyer (Abteilungsleiter Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, DGB-Bezirk Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt)

Cuxhaven

Kundgebung & Familienfest: 11.00 Uhr; Vor dem ehem. Fischversandbahnhof/Restaurant Unikat; Redner*innen: Johannes Specht (Tarifexperte NGG) in der Diskussion mit Kirsti Elle (Europakandidatin SPD) und Enak Ferlemann (Mitglied im Deutschen Bundestag CDU)

Am 1. Mai raus auf die Straße!

Fortsetzung von Seite 1



Die größte Kundgebung findet in Hamburg statt. Unter dem Motto „**Jugend kämpft gemeinsam**“ ist die IGBCE-Jugend als Teil des Jugendbündnisses dabei. Das Bündnis ist ein Zusammenschluss vieler Jugendorganisationen unter der Koordination der DGB-Jugend.

Gemeinsam gehen sie gegen die geringe Ausbildungsvergütung im Vergleich zu den hohen Mieten auf die Straße.

Weitere Themen sind u. a. gute Ausbildung für alle, gegen Spaltung und Hetze und für Frieden und internationale Solidarität. Als Vertreterin der DGB-Jugend spricht Jana Sierck, unsere stellvertretende Bezirksjugendausschussvorsitzende auf der Kundgebung.

ZWEI FRAGEN AN JANA SIERCK



Ihr als IGBCE Jugend lauft dieses Jahr gemeinsam in einem Jugendbündnis mit. Was ist deine Meinung zu dem Bündnis?

Im Jugendbündnis sind ganz viele verschiedene Jugendorganisationen vertreten, gerade das macht die Diskussionen und Forderungsfindung für den 1. Mai besonders spannend. Wir versuchen dabei zu den Themen, die die Hamburger Jugend beschäftigt, möglichst konkrete Forderungen zu formulieren. Ich würde aber lügen, wenn ich nicht zugeben würde, dass es dabei auch ab und zu zu hitzigen und anstrengenden Debatten kommt.

Du wirst dieses Jahr auch die Rede der DGB-Jugend halten. Welche Punkte wirst du in deiner Rede thematisieren?

Es wird um die Themen gehen, die uns als Jugend in letzter Zeit häufiger beschäftigen. Eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung, um am Ende des Monats nicht das Problem zu haben, sein Essen nicht bezahlen zu können. Damit einher geht natürlich das Thema bezahlbarer Wohnraum und Azubiwohnheime. Darüber hinaus kommt das Themenfeld Arbeit gegen Rechts, Faschismus und Rechtsextremismus vor. Die Rede ist allerdings noch nicht fertig. Und vorab verraten möchte ich auch noch nicht alles.

BR-Netzwerk Stade: Mit neuem Konzept und politischer Unterstützung gemeinsam gegen die Werksschließung

Stade / Hannover // Die Zentrale von Trinseo in Wayne (Pennsylvania) will ihren Standort in Stade schließen – das gab sie im März bekannt. Für die Beschäftigten kam die Nachricht überraschend. Das innovative Netzwerk der Betriebsratsvorsitzenden des Chemie-Standorts Stade setzt sich jetzt gegen die drohende Werksschließung ein – und konnte u.a. den niedersächsischen Wirtschaftsminister Olaf Lies als Unterstützer gewinnen.

Gemeinsam mit der Stellvertretenden Leiterin des IGBCE Landesbezirks Nord, Petra Adolph, und IGBCE-Gewerkschaftssekretär Kim Fleischmann trafen sich die vier Betriebsratsvorsitzenden Bernd Guse (Trinseo), Jonas von Holt (Olin), Oliver Elsen (AOS) und Christian Deppe (DOW) in der vergangenen Woche mit Minister Lies. Dem Treffen im Wirtschaftsministerium in Hannover waren zugeschaltet die Trinseo-Geschäftsführung, die Landtagsabgeordnete Corinna Lange, Landrat Kai Seefried, der Stader Bürgermeister Sönke Hartlef und Stephan Engel von der Wirtschaftsförderung Landkreis Stade.

Zunächst stand die Lage des Unternehmens im aktuellen internationalen wirtschaftlichen Umfeld im Vordergrund: Noch in diesem Jahr will Trinseo seine Produktion von Polycarbonat (PC), das etwa für die Herstellung von medizinischen Geräten und Baumaterialien verwendet wird, in Stade beenden. Grund dafür seien vor allem sinkende Preise aufgrund eines weltweiten Überangebots an den Produkten. Um eine zukunftsfähige Produktion in Stade zu gewährleisten, müssten sich sowohl die Marktbedingungen verbessern – was sowohl mehr Unabhängigkeit von chinesischen Herstellern als auch eine erhöhte Sicherheit der Lieferketten in Europa beinhalte – als auch die Energie- und Fixkosten, die an den Industriestandort gebunden sind. Das BR-Netzwerk brachte für das Unterneh-



Foto: IGBCE

V. l. n. r.: Kim Fleischmann, Bernd Guse, Olaf Lies, Dagmar Linse, Jonas von Holt, Petra Adolph, Christian Deppe und Oliver Elsen

men am Standort Stade ein neues Konzept ins Spiel. Die Idee der Chemiapark-Allianz: die Ansiedlung einer Recycling-Anlage. Denn Trinseo betreibt aktuell ein Forschungsprojekt zum Thema Kunststoff-Recycling – ein Geschäft, das zukünftig weiterhin an Bedeutung gewinnen wird, und an dem der Konzern festhalten möchte. In einem speziellen Verfahren wird hierbei alter Kunststoff aufgelöst und zu neuem entwickelt. Die Vorteile: Der so erzeugte Kunststoff hat eine bessere Qualität und eine höhere Wertigkeit als bisherige Recycling-Verfahren. Darüber hinaus ist die Herstellung energieeffizient und spart dadurch große Mengen an CO₂ bei der Kunststoffproduktion.

Das niedersächsische Wirtschaftsministerium nimmt sich jetzt des Themas an. In einem nächsten Schritt werden Gespräche mit den Arbeitgebern im Chemiapark gesucht. Hier soll ausgelotet werden, wie die Gegebenheiten des Standortes so beeinflusst werden können, dass die Zukunft von Trinseo in Stade gesichert werden kann und sich das Unternehmen für eine Recycling-Anlage im Chemiapark entscheidet.

IGBCE-Gewerkschaftssekretär Kim Fleischmann: „Mit der von uns initiierten und erfolgreichen Standortweiterentwicklung haben wir insbesondere die Zukunftsfähigkeit des gesamten Standortes im Blick. Diese Zukunftstechnologie würde den Chemiapark insgesamt stärken.“

SEMINAR DER
**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

**RECHTEN PAROLEN
BEGEGNEN**

Unter dem Titel „Erfolgreich engagiert: Haltung zeigen gegen Rechtsextremismus und rechte Parolen“ bietet die Friedrich-Ebert-Stiftung am **Samstag, 27. April**, im Hamburger Julius-Leber-Forum ein Seminar an. Beginn des sechsständigen Seminars ist um 10.00 Uhr.



Im Mittelpunkt stehen dabei Argumentations- und Kommunikationsstrategien, um Populismus und Stammischparolen entgegenzuwirken.

Ziel ist es, Gesprächstechniken kennenzulernen und anwenden zu können, die auf das Erreichen eines Dialogs auf Augenhöhe und eine klare abgrenzende Haltung ausgerichtet sind. Darüber hinaus werden individuelle Handlungsstrategien erarbeitet sowie die Sprache und das taktische Vorgehen der Populist*innen analysiert.

**Infos und die
Anmeldung
findest du
hier:**



TV-TIPP: DOKU-FIKTION ÜBER DEUTSCHLANDS LÄNGSTEN STREIK

Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist eine Selbstverständlichkeit? Mitte der 1950er-Jahre war dies nicht der Fall. Am Mittwoch, 1. Mai, zeigt Das Erste ab 21.45 Uhr die Doku-Fiktion „Die Mutigen 56 – Deutschlands längster Streik“. In einer Mischung aus Dokumentation und Spielfilm wird die Geschichte des Arbeitskampfes nachgezeichnet, der die Arbeitsbedingungen in Deutschland nachhaltig veränderte. In ganz Schleswig-Holstein legten im Jahr 1956 insgesamt 34.000 Metallarbeiter in den Werften und Fabriken ihre Arbeit nieder und erkämpften eine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall – und damit eine rechtliche Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten. Obwohl der Streik in der breiten Öffentlichkeit nicht mehr präsent ist, gilt er bis heute als der härteste und längste Deutschlands.



Foto: NDR

Die Streikenden von Howaldt

Gerade im Hinblick auf die jüngste Diskussion um das Streikrecht hat die Erinnerung und Thematisierung dieses Arbeitskampfes wieder große Aktualität. Die Frage nach Gleichheit, Miteinander und menschlichem Zusammenhalt bleibt relevant.

Chemie-Tarif 2024

Fortsetzung von Seite 1:

Im Januar gab der IGBCE-Hauptvorstand seine Forderungsempfehlung bekannt. Daraufhin folgte eine Debatte, an der sich u.a. zahlreiche Versammlungen von Vertrauensleuten und Mitgliedern beteiligten und ihre Forderungen formulierten. Bei der Sitzung der Bundestarifkommission in Erfurt wurden die Forderungen schließlich finalisiert und einstimmig beschlossen.

Arbeitskämpfe nicht ausgeschlossen

Kurz vor dem Beschluss der Bundestarifkommission hatte sich bereits der Chemie-Arbeitgeberverband BAVC anhand einer Umfrage unter 400 Chemie- und Pharmabetrieben positioniert. Die Umfrage zeige: Die Chemie- und Pharmaindustrie sei weiterhin in einer kritischen Lage. Der Großteil der Unternehmen gehe davon aus, dass in diesem Jahr keine Besserung in Sicht sei. BAVC-Verhandlungsführer Matthias Bürk: „Der Forderungskatalog der IGBCE ist weder krisengerecht noch finanzierbar.“

Oliver Heinrich: „Wenn wir bis Ende Juni nicht in die Nähe eines Abschlusses kommen, dann können wir unsere Forderungen auch anders deutlich machen. Die Arbeitgeber sollten eigentlich wissen: Arbeitskämpfe zählen zu unserem Werkzeugkasten.“

Gegen das Minus im Geldbeutel

Im Mittelpunkt der Forderungen steht der Ausgleich der Reallohnverluste. Die Inflation sei stärker gestiegen als die Entgelte, so IGBCE-Tarifvorstand und Chemie-Verhandlungsführer Oliver Heinrich. „Um diese Lücke zu schließen, braucht es jetzt ein Plus von 7 Prozent.“

Die Forderung würde die aktuelle Lage der Unternehmen berücksichtigen. Heinrich betonte, dass es keine branchenweite Krise von Chemie und Pharma gebe. „Wir müssen den Beschäftigten Kaufkraft und Optimismus zurückbringen und den Attraktivitätsverlust der Branche als Arbeitgeberin stoppen. Das geht nur mit mehr Geld und Wertschätzung – und nicht mit Schwarzmalerei“, so Heinrich.

Vorteile für IGBCE-Mitglieder

Ein weiterer Punkt im Forderungspaket sind



Mitgliedervorteile. Eine Besserstellung der IGBCE-Mitglieder sei fair und folgerichtig. Konkrete Vorteile könnten etwa mehr Geld oder Freizeit oder aber eine bessere soziale oder gesundheitliche Absicherung sein. Befürchtungen der Arbeitgeberseite, eine solche Regelung könne zu Tarifflicht oder einer Spaltung der Belegschaft führen, könne aus Erfahrung widersprochen werden.

Modernisierung des BETV

Um den Bundesentgelttarifvertrag (BETV), der mittlerweile 37 Jahre alt ist, zu modernisieren, hat die Bundestarifkommission einen Acht-Punkte-Plan in die Forderungen aufgenommen. Dieser sieht bessere Aufstiegschancen, mehr Fairness und weniger Bürokratie vor.

Die Forderungen im Detail:



In Berlin: Infos aus erster Hand



Fotos: IGBCE

V. l. n. r.: Julien Tolg, Leonie Kröger, Arbeitsminister Hubertus Heil, Jonas von Holt und Jana Sierck

Besuch bei der SPD-Bundestagsfraktion: Drei Mitglieder des IGBCE Bezirksjugendausschusses – Leonie Kröger, Jana Sierck und Jonas von Holt – sowie JAV- und Jugendreferent Julien Tolg nahmen in Berlin an der Fachkonferenz „jung.politisch.mitbestimmt“ teil, bei der es um Ausbildungsthemen ging.

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Rolf Mützenich und die Abgeordnete Jessica Rosenthal eröffneten den Tag. Arbeitsminister Hubertus Heil gab einen Impulsvortrag über die aktuelle Arbeitswelt.

In fünf verschiedenen Workshops („Von der Schule in den Beruf“, „Mobilität & Wohnen

für Auszubildende“, „Ausbildungsqualität“, „Ausbildungsplatzgarantie“, „Betriebliche Mitbestimmung für junge Menschen“) standen die Abgeordneten für Diskussionen zur Verfügung. Eine anschließende Fishbowl-Diskussion thematisierte die Zukunftsperspektiven von Ausbildung.

ZWEI VERANSTALTUNGEN WEISEN IN DIE ZUKUNFT

Zukunftsthemen im Fokus: Auf der Zukunftstagung im März hat die Jugend der IGBCE anstehende Themen in Haltern am See diskutiert. Mit dabei: Cedric Schuster (Shell) und Jonas von Holt (Olin). Konkret ging es dabei u. a. um diesjährige Konferenzen, die im Juni stattfindenden Europawahlen, die aktuelle Industriepolitik, JAV-Wahlen sowie um die eigene Jugendkampagne. Intensiv setzten sich die Teilnehmenden mit den verschiedenen Aspekten der einzelnen Punkte auseinander.



Diese Informationen waren auch Teil der Klausurtagung des BJA (Bezirksjugendaus-

schuss). Hier wurde neben der Jahres- und Aktionsplanung 2024 auch das Thema Anträge und Konferenzen behandelt.

„Auf der Klausurtagung haben wir nicht nur zahlreiche politische Themen besprochen und gesammelt, sondern auch neue Energie getankt, mit der wir jetzt so richtig loslegen und in die Konferenzzeit starten“, sagt JAV- und Jugendreferent Julien Tolg.

Zum gemeinschaftlichen Miteinander hat außerdem ein Mordfall beigetragen: Diesen galt es, beim Krimidinner miteinander zu lösen. Natürlich unterstützt von kühlen Getränken und Snacks.

DIE GESCHICHTE DER HAFENARBEITERINNEN PER RUNDFAHRT KENNENLERNEN

Hamburg // Der Hamburger Hafen hat nicht nur eine lange und prägende Historie für den Handel in Deutschland, er ist auch Arbeitgeber für viele Frauen. Und war dies auch immer im Laufe der verschiedenen Epochen. Mehr noch: Frauenarbeit spielt in der Geschichte des Hafens eine wichtige Rolle.



Illustration: Gerd Altmann

Unter dem Titel „Frauenarbeit im Hafen und auf See“ lädt der IGBCE Bezirk Hamburg/Harburg aktive Frauen im Bezirk auf eine Hafenrundfahrt ein, um die spannende Geschichte – wie beispielsweise der Kaffeeverleserinnen in der Speicherstadt oder der Arbeiterinnen aus Polen in der Reiherstieger Wollkämmerei – zu entdecken. Natürlich werden auch die Arbeitsplätze, die Frauen aktuell begleiten, thematisiert.

Die 90-minütige Hafenrundfahrt ist für IGBCE-Mitglieder kostenlos und findet am Donnerstag, 23. Mai, statt. Start ist um 17.30 Uhr. Eine Anmeldung für die Teilnahme ist erforderlich. Wer teilnehmen möchte, schreibt bis Montag, 6. Mai, eine Mail an: anmeldung.bezirk.hamburg@igbce.de.

Aus der Praxis für die Praxis: Vier Urteile und Fragen mit Auswirkungen auf viele Beschäftigte

Alle Informationen nach bestem Wissen und Gewissen, aber ohne Gewährleistung

Krank beim Jobwechsel: Keine Entgeltfortzahlung

Für diejenigen, die einen neuen Job antreten und direkt zu Beginn wegen Krankheit nicht erscheinen können, ist das gleich auf zwei Arten nicht ideal:

Zum einen dürften sie sich Gedanken machen, wie die Abwesenheit bei den neuen Kolleg*innen und der Führungskraft ankommt. Zum anderen entstehen jedoch auch finanzielle Nachteile, denn ein Gehalt erhalten sie in dieser Zeit nicht. Die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer, der zu Beginn eines neuen Jobs aus Krankheitsgründen nicht erscheint, hat laut Gesetz zunächst keinen Anspruch auf Entgeltfortzahlung. Dies gilt auch für eine Erkrankung innerhalb der ersten vier Wochen des neuen Arbeitsverhältnisses. Dennoch ist es wichtig für den Beschäftigten, sich regulär krank zu melden, um etwa von der Krankenkasse eine Entgeltersatzleitung zu erhalten. Die Erkrankung zu Beginn eines neuen Arbeitsverhältnisses hat außerdem keinerlei Einfluss auf die Dauer der Probezeit.



Über das Gehalt mit Kolleg*innen sprechen verboten?

Ob es erlaubt ist, mit Kolleg*innen über das eigene Gehalt zu sprechen, hängt maßgeblich von der Position ab, die man im Betrieb innehat. Wer als Führungskraft oder im Bereich der Personalverwaltung tätig ist, sollte das Gehaltsthema nicht ansprechen. Eine Abmahnung oder sogar Kündigung wegen Verletzung des Datenschutzes sind dann möglich. Für anderweitig Beschäftigte kann es aber durchaus sinnvoll sein, solche Gespräche zu führen, um einschätzen zu können, ob eine faire Bezahlung gegeben ist. So können etwa Frauen erfahren, ob sie bei gleichwertiger Arbeit im Vergleich zu männlichen Kollegen auch gleichwertig bezahlt werden. Arbeitgeber können dies nicht verbieten.

Darüber hinaus gilt das Entgelttransparenzgesetz bei Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten: Es verpflichtet Arbeitgeber, Beschäftigten auf deren Anfrage hin das Durchschnittsgehalt des anderen Geschlechts im gleichen oder einem gleichwertigen Job mitzuteilen.



ChatGPT bei der Arbeit ohne Mitsprache des Betriebsrats

ChatGPT ist das aktuell in der Öffentlichkeit bekannteste KI-System. Nutzen Beschäftigte nach Erlaubnis des Arbeitgebers das Programm zur Bewältigung ihrer Arbeit, hat der Betriebsrat bei der Entscheidung, ob die KI verwendet



werden darf, unter Umständen kein Mitspracherecht. Dies entschied das Arbeitsgericht Hamburg (Az. 24 BVG a 1/24). Entscheidend für das Urteil waren in diesem Fall die speziellen Rahmenbedingungen: Den Beschäftigten wurde untersagt, eine gesonderte Software auf den Firmenrechnern zu installieren. Darüber hinaus durfte die Nutzung des Systems nur über Webbrowser mit privaten Accounts der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgen. Diese Richtlinien seien Anordnungen, die die Art und Weise der Arbeitserbringung betreffen. Damit sei kein Mitbestimmungsrecht gegeben, so das Gericht. Liegen jedoch andere Rahmenbedingungen zugrunde, ist es möglich, dass Arbeitsgerichte andere Urteile fällen.

Keine gute Idee: das Kündigungsgespräch ins Netz stellen

Das Bedürfnis ist nachvollziehbar – gerade, wenn man sich ungerecht behandelt fühlt. Zu gerne möchte man das Kündigungsgespräch, das man per Ton oder sogar Video mitgeschnitten hat, öffentlich präsentieren, um der Welt zu zeigen, dass der Chef oder die Chefin sich geirrt oder man auch einfach keine Lust mehr auf die Arbeitsbedingungen hat. Doch bereits die heimliche Aufnahme von Bild und/oder Ton einer anderen Person kann strafrechtlich relevant sein. Vor allem, wenn man diese dann auch noch einer breiten Öffentlichkeit zugänglich macht, indem man sie etwa auf seinen Social-Media-Kanälen veröffentlicht. Der gegen seinen Willen aufgezeichnete Arbeitgeber kann daraufhin Schadenersatz wegen Verstoßes gegen das Persönlichkeitsrecht geltend machen. Darüber hinaus dürfte eine solche Veröffentlichung nicht gerade vertrauensstiftend auf den neuen potenziellen Arbeitgeber wirken – und so der eigenen weiteren Karriere im Weg stehen. Wer allerdings wahrheitsgemäß ein Gespräch in eigenen Worten wiedergibt und dabei keine vertraulichen Informationen über den Betrieb preisgibt, muss sich über strafrechtliche Konsequenzen wenig Sorgen machen.



NEU FÜR EUCH:



1 GRÜNER ENERGIEPARK IN INDIEN

In Indiens Salzwüste entsteht ein Kraftwerk, das aus Solar- und Windkraft zukünftig Energie erzeugen wird, die 16 Millionen Haushalte versorgen soll. Der sogenannte Khavda Renewable Energy Park wird auf einer Fläche von 200 Quadratmeilen gebaut. Damit stellt er einen entscheidenden Beitrag zur Reduzierung von Umweltverschmutzung und dem Erreichen der Klimaziele Indiens dar.



2 DIE DEPRESSION MIT HÜFTSCHWUNG BEKÄMPFEN

Eine Metastudie der Queensland-Universität in Australien untersuchte Behandlungsmethoden gegen Depressionen. Dabei kommt sie zu dem Schluss, dass Tanzen die beste Methode gegen leichte bis mittelschwere Depressionen ist. Auf Platz zwei folgen Joggen und Walken. Aber auch Schwimmen und Fahrradfahren sind wirksame Mittel. Was schlechter als diese aeroben Trainingseinheiten abschneidet: eine Kombination aus Bewegung und Medikation.



3 LESEN BEI KINDERN WEITERHIN BELIEBT

Lesen erfreut sich bei jungen Menschen nach wie vor großer Beliebtheit – trotz der Fülle an medialen Angeboten. Die aktuelle JIM-Studie (Jugend, Internet, Media) zeigt, dass 50 Prozent der Kinder und 35 Prozent der Jugendlichen regelmäßig lesen. Damit haben sich die Zahlen über viele Jahre kaum verändert. JIM ist ein Langzeitprojekt des Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest (mpfs) zum Medienalltag der 12- bis 19-Jährigen, das seit 1998 jährlich durchgeführt wird.



FUTTERN WIE BEI MUTTERN



Fotos: Mutterland

In diesem Monat erhalten die besten Werber*innen eine Art Hommage an die liebevolle heimische Küche der Mütter – mit einem Gutschein für den Mutterland-Shop.

Mutterland ist ein mehrfach prämiertes Hamburger Delikatessenunternehmen mit eigener Gastronomie, Produktionsküche, Backstube, Schokoladenmanufaktur, Feinkostläden und einem Onlineshop. Dort findest du Besonderes von 200 kleinen deutschen Manufakturen.

Mutterland steht für traditionell hergestellte Delikatessen aus allen Regionen Deutschlands. Den Hersteller*innen begegnet Mutterland partnerschaftlich und fair.

Egal ob herzhaftes und süßes Lebensmittel oder frische Hausmannskost – bei Mutterland gibt's definitiv Stoff fürs kulinarische Glück.

Zum Angebot von Mutterland geht es hier entlang: <https://mutterland.de>

Aktuell im Rennen um die „Heimatgefühle wie bei Mama“ sind **Nilüfer Salman** (Hanseatic Elastomer Components GmbH), **Hannah Maria Gerlach** (Lehmann & Voss & Co. KG) und **Kemal Kiremitcioglu** (Vibracoustic SE & Co. KG).

*

Ab ins Restaurant!

Herzlichen Glückwunsch, vielen Dank und vor allem Guten Appetit!

Daniela Worthmann-Kretzler (Hobum Oleochemicals GmbH), **Robert Borchardt** (Schill & Seilacher Struktol GmbH) und **Oliver Elsen** (Aluminium Oxid Stade GmbH) erhalten für ihren Einsatz im März einen BON BON-Gutschein, der in mehr als 400 Restaurants im Großraum Hamburg gültig ist.

Wird vom Bezirk ausgefüllt

Mitgliedsnr. Werber*in (7-stellig)

Bezirksnr. (3-stellig)

Beitragshöhe (5-stellig)

Betriebsnr. (7-stellig)

Ortsgruppennr. (6-stellig)



Eintrittsdatum IGBCE *

Übertritt/Vorgewerkschaft

Eintrittsgrund

Mtl. Bruttoeinkommen/Eingruppierung *

Vollzeit Teilzeit

Beschäftigt bei *

PLZ und Ort *

Personalnummer

Abteilung

Werber*in

BEITRITTSERKLÄRUNG UND EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Vorname *

Name *

Geburtsdatum *

Geschlecht *

Nationalität (freiwillig)

Land

PLZ und Wohnort *

Straße und Hausnummer *

E-Mail *

Telefon/Mobil *

E-Mail

Telefon/Mobil

BERUFSGRUPPE (ZUTREFFENDES ANKREUZEN)

- | | |
|---|---|
| 01 <input type="checkbox"/> AT-Angestellte*r | 08 <input type="checkbox"/> Leiharbeiter |
| 02 <input type="checkbox"/> Ausbilder*in | 09 <input type="checkbox"/> Leitende*r Angestellte*r |
| 03 <input type="checkbox"/> Mitarbeiter*in im Außendienst | 10 <input type="checkbox"/> Meister*in |
| 04 <input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin | 11 <input type="checkbox"/> Chemotechniker*in und Laborant*in, Chemikant*in |
| 05 <input type="checkbox"/> Handwerker*in und Facharbeiter*in | 12 <input type="checkbox"/> Angelernte, Hilfs-Facharbeiter |
| 06 <input type="checkbox"/> Ingenieure | 13 <input type="checkbox"/> Sonstige:
<input type="checkbox"/> Schüler*in/Student*in |
| 07 <input type="checkbox"/> Kaufmännische Angest. und Büroangest. | 14 <input type="checkbox"/> Technische*r Angestellte*r |

Ausbildungsbeginn *

Ausbildungsende *

Art der Ausbildung

-
- Ausbildung
-
- Berufsvorbereitung
-
- Duales Studium

INFORMATIONEN ZUM DATENSCHUTZ

Die IGBCE verarbeitet die Angaben in dieser Beitrittserklärung ausschließlich zu Zwecken der Mitgliederverwaltung, Mitgliederbetreuung, Mitgliederinformation, zur Beitragsberechnung und zum Beitragseinzug sowie zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben. Diese Angaben sind hierfür zwingend erforderlich; ohne ein vollständig ausgefülltes Formular kann die IGBCE die Beitrittserklärung nicht bearbeiten. Rechtsgrundlage für diese Verarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b, 9 Abs. 2 lit. d DS-GVO. Die Angaben werden zu den vorgenannten Zwecken von der IGBCE für die Dauer der Mitgliedschaft verarbeitet, ggf. auch darüber hinaus, soweit entsprechende gesetzliche Aufbewahrungsfristen bestehen. Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen werden Ihre Daten ausschließlich zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben an diesbezüglich besonders Beauftragte weitergegeben und genutzt.

Sie haben das Recht, in dem nach Art. 15 ff. DS-GVO vorgesehenen Umfang, jederzeit Auskunft über Ihre von der IGBCE verarbeiteten Daten zu verlangen, sowie deren Berichtigung oder Löschung zu verlangen. Sie haben überdies ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde. Ausführliche Hinweise zum Datenschutz finden Sie hier: <https://igbce.de/datenschutz-mitglied>. Fragen und Beschwerden bearbeitet auch der/die Datenschutzbeauftragte der IGBCE unter datenschutz@igbce.de.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit trete ich der IGBCE bei und erkenne die Satzung der IGBCE als für mich verbindlich an.

Ich versichere, dass meine Angaben in diesem Beitrittsformular zutreffend sind und nehme den Datenschutzhinweis zur Kenntnis.

Ort und Datum *

Unterschrift *

* verpflichtende Felder

Sofern das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet ist, benötigen wir die Unterschrift deiner/s Erziehungsberechtigten.

IGBCE

Königsworther Platz 6, 30167 Hannover

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE13BCE00000131364

Erteilung einer Einzugsermächtigung und eines SEPA-Lastschriftmandats

Mandatsreferenz: (Mandatsreferenz = Mitgliedsnummer)**SEPA-Lastschriftmandat**

Ich ermächtige die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Zahlungsweise (zum Ankreuzen)

Die Mitgliedsbeiträge sind grds. monatlich, jeweils am 01. des Folgemonats fällig. Mit Zustimmung des jeweils zuständigen Bezirks kann eine Zahlung aber auch nach den unten angegebenen Zahlungsrhythmen erfolgen. Der Bezirk kann die Zustimmung jederzeit widerrufen.

 monatlich vierteljährlich 1. eines Monats

 halbjährlich 15. eines Monats jährlich

Name und Vorname (Kontoinhaber*in)

Straße und Hausnummer

PLZ und Wohnort

IBAN

BIC

Ort und Datum

Unterschrift

Sofern das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet ist, benötigen wir die Unterschrift deiner/s Erziehungsberechtigten.